

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 80 Mfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
 Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
 Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die nebengeparte Kolonelle resp. deren Raum 1,- Mark.
 Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphische Adresse: **Arbeiterverband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
 Bei Widerruf unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Essen.**
 Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Bismarckstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Die Harmonie der Zechenherren.

Ihr sprecht von Harmonie — die schwarzen Listen sind Ausfluß wohl von dieser Harmonie, und Achtung, Hunger und Verzweiflungstaten die weitr'n Folgen des harmonischen Con's. — Nein Macht, nur Macht — nicht Harmonieindusel — Schafft Besserung für die Not der Knappenschaft! Die schwarzen Listen künden zur Genüge den schönen Klang der Herren-Harmonie. — Und darum, Knappen, hört die alte Mahnung Und — was allein hier nützt — beherzigt sie: **Vereinigt euch und werdet stark durch Einheit, Damit ihr Macht erlangt zur Gegenwehr.** — B. A.

Neue Provokationen der Ruhrgrubenbesitzer!

Einführung großer Kohlenwagen!

Wenn nicht alle Ungeheueren teilten, drängen die Ruhrgrubenbesitzer nach einem Streik hin. Ihr Uebermut kennt schon keine Grenzen mehr. Beamte und Arbeiter werden mit den schwarzen Listen beglückt, fortgesetzt werden Bohnerduktionen vorgenommen. Von den einzelnen Gruben berichtet man uns von **prügeln den Beamten, hohen Strafen, schlechter Behandlung usw.** Es ist selbstverständlich, daß hierbei die Erregung der Bergarbeiter wächst. Mithin ging eine Notiz durch die Presse, in der behauptet wurde, daß die Zechenbesitzer die schwarzen Listen auch auf die Bureauangestellten ausgedehnt haben und daß ferner von einer Zentralfeste für die verschiedenen Arbeiterkategorien **Magazin** festgesetzt werden. Wir können diese Notiz auf ihre Wahrheit hin nicht nachprüfen. Dagegen verfaßten die Zechenherren auf Neuerungen, die bei den Ruhrbergleuten die vollste Enttäuschung hervorrufen werden. **Auf Jede Plute wurden Wagen eingeführt, die die alten an Größe und Rauminhalt bedeutend überragen.** Wie uns berichtet wird, sollen die neuen Wagen 15 Zentner Kohlen fassen, in die alten gehen 12 1/2 Zentner. Erst sind die neuen Wagen vereinzelt eingeführt worden, jetzt sind sie schon in beträchtlicher Zahl vorhanden. Mitgeteilt wurde, daß für die großen Wagen das Wagengebinde um 10 Mfg. erhöht werden soll, was nichts weniger bedeutet, als eine direkte Lohnkürzung. Wollen die Kameraden den Lohnausfall bedenken, dann heißt es **schwerer schuften** und die **Sicherheitsvorschriften** noch mehr zu vernachlässigen. Für die 75 Zentner Kohlen genügen jetzt fünf Wagen, während hierzu sechs alte gebraucht wurden. Das ist ein Nachteil von 70 Mfg. für das genannte Quantum, wo für den Wagen bisher 1,20 Mk. gezahlt wurden. Diese Benachteiligung wächst höher hinaus, je höher für den einzelnen Wagen das Gebinde steigt. Und das trotz der Erhöhung des Gebindes um 10 Mfg. pro neuen Wagen! Nicht nur finanziellen Schaden haben die Bergarbeiter, nein die **Menschenschinderei** wird auf die höchste Spitze getrieben. In der Menschenschinderei wird schlimmster Raubbau vollführt. Noch kürzlich hat der Reichstagsabgeordnete **Bergrat Gothein** in der „Frankfurter Zeitung“ seine Bedenken gegen die schweren Wagen ausgesprochen. Er hat darauf hingewiesen, wie sich die Werke durch die Einführung schwerer Wagen auf Kosten der Kräfte und Gesundheit von Menschen und Pferden verunsichern und wie die Ueberanstrengung sehr häufig zu dauernden Schädigungen der Arbeiter führt. Dazu kommen zahlreiche schlimme Finger- und Handverletzungen. Wir fragen: Sind die jetzigen Wagen nicht schon groß genug? Wer hat in früheren Jahren Wagen von solchen Dimensionen gekannt, wie sie jetzt zur Einführung gelangen und schon eingeführt sind? Beim Umwerfen der Steinwagen in die Pfeiler, bei Entgleisungen von mit Kohlen und Steinen beladenen Wagen, müssen sich die Bekehrer und Schleppler nicht schon jetzt genug den „Rag“ für's ganze Leben wegholen? Ziehen sich die Bergarbeiter nicht schon so genug Druck zu, für die in den meisten Fällen von den Berufsangehörigen keine Entschädigung gezahlt wird? Ist nicht ein solches Vorgehen der Grubenbesitzer unerträglich? Wir können nicht begreifen, daß die Bergbehörde zuläßt, daß in solcher Weise die Bergarbeiterkraft und Gesundheit aufs Spiel gesetzt wird! Kann die Bergbehörde nicht die Einführung dieser großen Wagen verhindern? Schon einmal war die Einführung großer Wagen die Ursache zu einem Bergarbeiterstreik auf Germania! Die weiteren Folgen, wie die Ruhestörungen und Krawalle, sind noch in traueriger Erinnerung, wie auch der berühmte Germania-Prozess. Können die Grubenbesitzer, ohne auch nur die geringsten Leuten zu ziehen, schalten und walten wie sie wollen! Ein solches Vorgehen muß als unerträglich bezeichnet werden! Die Herren sollten auch nicht vergessen, was vor dem großen Streit 1905 vor sich ging und was kam. Sie trübten es jetzt aber noch schlimmer, wie je vorher. Das wird sich noch bitter rächen! Mehr noch. Auf derselben Grube sollen für die **Kohlenförderung nicht mehr wie bisher 16 Stunden, sondern nur noch 12 Stunden verwandt werden.** Den Tagarbeitern, die bisher acht Stunden arbeiteten, ist das Anerbieten gemacht worden, von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends zu arbeiten. Sie sollen mit einer Lohnerrhöhung — wie gesagt wird mit 50 Mfg. — dafür entschädigt werden. Es soll eine sogenannte **Caloppf** erderung eingeführt werden, da von 6 Uhr abends ab die leeren Wagen gefüllt werden. Mit riesiger Schnelligkeit kann dann die Förderung am andern Morgen beginnen. Auch dieses System, das zwar der Zechen Kosten erspart, aber die Sicherheit nicht erhöht, muß zur Beunruhigung der Arbeiter führen. Wir warnen dringend, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. Die Geduld muß sich dabei erschöpfen.

Nürnberg.

Die Sozialdemokratie errang bei den letzten Reichstagswahlen rund 3 1/2 Millionen Stimmen. Die freien Gewerkschaften zählen heute annähernd 2 Millionen Mitglieder, von der übergroße Teil politisch sich zur Sozialdemokratie bekennt. Daß es so ist, liegt in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und es

liegt in dem Verhältnis der beiden Richtungen unserer Arbeiterbewegung zueinander. Sozialdemokratie und Gewerkschaften entstammen einem Mutterlande: dem modernen Kapitalismus. Beide haben in Deutschland eine fast gleichlange Geschichte hinter sich, beide erlitten dieselben Drangale und Verfolgungen durch die gleichen Feinde, aber beide Richtungen folgten auch die gleichen Triumphe im Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und im unermüdlichen Ringen um diese gewonnenen Rechte der gewaltigen Schar der Anhänger, wie sich in obigen Zahlen ausdrückt.

Wer die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland schreibt, wird nicht umhin können, beide Richtungen in einem Atem zu nennen. Jahrzehntlang lag der sozialdemokratischen Partei die Verteidigung der gewerkschaftlichen Forderungen in den Parlamenten ob und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dankten der Partei durch treue Mithilfe und gute Kameradschaft. Das satte Bürgertum und die von ihm abhängigen Parteien kümmerten sich nicht um die Arbeiter. Was sie gaben, mußte ihnen entweder in harten Kämpfen abgerungen werden, oder es geschah aus Angst vor dem Unwillen der Arbeiterklasse. Über immer nur gab man soviel wie es die Zwangslage bedingte. Es gibt Arbeiter, die über diese erzwungene Nachgiebigkeit der bürgerlichen Parteien sich vor Entzücken auf dem Boden wälzen und dafür zu jedem anderen Dienste zugunsten der Kapitalisten und oft zum Schaden der Arbeiter bereit sind. Wir gehören nicht zu den Leuten, die dem Bürgertum etwas zu danken hätten. Wir wissen, daß die deutsche Arbeiterklasse mit leeren Händen dastünde, gäbe es keine Sozialdemokratie und hielten sie ihnen wieder nicht die Gewerkschaften. Was kommts, wenn die Arbeiter feinde, die Betrügler wie die Betrogenen rufen: „Seht da, die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie sind eins!“

Jawohl Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins und werden es auch weiter sein, so lange es gilt die Arbeiterrechte zu verteidigen, Arbeiterforderungen zu erkämpfen und zu erringen. Das schließt durchaus nicht aus die Unabhängigkeit, in der beide Richtungen ihre Wege wandeln, und daß sie getrennt von einander ihre gesonderten Aufgaben lösen. Wo die Forderungen und Aufgaben aber zusammenfallen, da werden wir vereint marschieren und vereint schlagen.

Es ist müßig, hier auf das Verhältnis der Gewerkschaftsbewegung zur Sozialdemokratie näher einzugehen. Was wir mit dem Vorhergehenden sagen wollen ist, daß es aus allen den angegebenen Gründen heraus der Sozialdemokratie nicht gleichgültig sein kann, wie sich die Gewerkschaften in den großen Emanzipationskämpfen der Arbeiterklasse verhalten und wieder, daß die Gewerkschaften ein Interesse daran haben, wie die Beschlüsse und Aktionen der sozialdemokratischen Partei erfolgen. Das umsomehr, als es Fragen gibt, die beide Richtungen der Arbeiterbewegung nicht gleich berühren, die beide Richtungen sogar in einen gewissen Gegensatz zu einander bringen. Es gibt Fragen, wo die Partei und die Gewerkschaften nicht eins sind. Das hat sich schon oft gezeigt und das zeigte sich auch wieder auf dem hinter uns liegenden Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Nürnberg.

Mit den Arbeiten und der parlamentarischen Tätigkeit der Partei im letzten Berichtsjahr können wir uns nur einverstanden erklären; ebenso erklären wir uns für die Richtlinien, die sich die Partei in den jetzt so brennenden Fragen der Reichsfinanzreform und der Sozialpolitik gab. Die Rede Wollensbüch über die Sozialpolitik und der neue Kurs war in ihrem Inhalt eine solche, daß sie wert ist, an die Kirchentüren angeschlagen zu werden. Wir geben die an dieses Referat geknüpften und angenommenen Resolutionen wieder:

„Die technische Entwicklung der Industrie führt zur beschleunigten Konzentration des Kapitals, die in den Kartellen und Syndikaten ihren höchsten Höhepunkt erreicht hat. Die Konventionen, Kartelle und Syndikate, die zur Trustbildung führen, sind notwendige Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung.“

Durch die Kartellbildung und die Gründung von Berufsgenossenschaften sind jene Unternehmerorganisationen gestärkt, die ihre Spitze gegen die Interessen der Angestellten und Arbeiter richten und bestrebt sind, die Angestellten und Arbeiter völlig zu entrechten, um die Ausbeutung steigern zu können.

Die bürgerlichen Parteien, die in den letzten Jahren eine große Anzahl sozialpolitischer Anträge gestellt haben, deren Inhalt sie aus früher von Sozialdemokraten gestellten Anträgen entnehmen, haben weder die Fähigkeit noch den Willen, die in diesen Anträgen gestellten Forderungen durchzuführen.

Die Regierung hat durch die neuesten Entwürfe zur Gewerbeordnung und dem Arbeitskameragesetz offen bekundet, daß sie nicht geneigt ist, eine Sozialpolitik zu treiben, die den Widerspruch des Zentralverbandes deutscher Industrieller hervorruft.

Angesichts aller dieser Erscheinungen wird es notwendiger als je, daß das Proletariat alle seine Kräfte zusammenschließt, um seine physische und moralische Gesundheit und Kampffähigkeit zu erhalten und zu steigern. Es ist dringend notwendig, daß jeder Arbeiter der Gewerkschaft seines Berufes angehört. Ebenso notwendig aber ist eine energische politische Agitation innerhalb wie außerhalb des Parlaments zur schleunigen Durchführung der im letzten Abschnitt unseres Parteiprogramms sowie der in der Münchener Resolution über die Arbeiterversicherung gestellten Forderungen.

Es ist ferner zu fordern:

1. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen.
2. Schutz der staatsbürgerlichen Rechte, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw., gegen Angriffe durch Privatverträge. Verbot der Konkurrenzklause, Personalkonventionen und ähnlichen Abmachungen, die die Angestellten und Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern geeignet sind.
3. Sicherung des geistigen Eigentums an Erfindungen und Entdeckungen.
4. Gesetzliche Vorschriften für sogenannte Wohlfahrtsvereinigungen, wodurch eine Kontrolle ermöglicht und das Eigentumsrecht der Angestellten und Arbeiter an den gezahlten Beiträgen sichergestellt wird.“

Diese Resolution wurde mit samt folgendem Antrag einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. beantragt, der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, zusammen mit der Parteikommission der Gewerkschaften bereits vor Beginn der Reichstagsverhandlungen über die sogenannten große Gewerbenovelle eine umfassende Partei- und Gewerkschaftsagitation in die Wege zu leiten, welche auf die Erringung des gesetzlichen Neunhunderttags für Männer und Frauen mit Uebergangsbestimmungen zur allmählichen Einführung des Achtstundentages durch das neue

Gesetz abzielt und für gesundheitsgefährliche Industrien noch kürzere gesetzliche Arbeitszeiten fordert.“

Die Bergarbeiter werden zur Verwirklichung dieser Resolution thätig Hand anlegen.

Unsere volle Zustimmung findet die Partei auch, wie sie die Fragen der Jugendorganisation und der Lokallisten behandelte, wie wir uns auch der Resolution gegen die Kriegsbege angeschlossen.

Weniger erfreulich aber für uns, wie gewiß für viele andere Gewerkschaften mit ist die Erörterung wie die Beschlußfassung über die Maisfelderfrage. Wir dürfen sogar annehmen, daß selbst die meisten Parteitagdelegierten mit dem Ergebnis des Parteitages in der Maisfelderfrage unzufrieden sein werden. Seit mehreren Jahren drängt man nach einer befriedigenden Lösung und wenn sie bis heute nicht gekommen ist, so ist das schlimm genug. Seit mehreren Jahren hoffte man an der Maisfelder herum, daß man sich darüber erbaren könnte. Keiner wagte den hier so nötigen Kaiserchnitt, weder die Parteitage noch die Gewerkschaftskongresse. Selbst die ertragreichsten Maisfelder finden an dem gegenwärtigen Zustand keinen Gefallen mehr, ihr Glauben — man denke nur an Jubel — ist verpufft. Wir geben zu, daß die letztjährigen Streitigkeiten über die Maisfelder mit dazu beigetragen haben, aber die gegenwärtige Trübseligkeit wie die Streitigkeiten haben doch ihre tieferen Ursachen. Wäre die Lösung der Maisfelderfrage so leicht, dann hätten wir längst einen annehmbaren und allen befriedigenden Beschluß hinter uns liegen und mit vereinten Kräften könnte an den Ausbau der Maisfelder gegangen werden. Was aber der Parteitag in Nürnberg beschloß, ist ein loses weißes Blatt Papier, mit dem erst recht nichts anzufangen ist. Die Maisfelder soll weiter bestehen bleiben, sie soll eingeleitet werden nach einer gegenseitigen Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften an den einzelnen Orten, sie soll ferner an keinem andern Tage begangen werden als am 1. Mai und schließlich soll an die Maisfelder auch eine Unterstützung gezahlt werden, aber man ließ in Nürnberg die Delegierten nach Hause gehen, ohne ihnen zu sagen, woher die Unterstützungen gezahlt werden sollen. Bisher hatten wir hier noch wenigstens eine Vereinbarung zwischen Parteivorstand und der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften. Man hatte etwas, an das man sich in der Unterstützungsfrage klammern konnte, jetzt ziehen wir hiermit in das Schattenland in das Ungewisse hinein, hoffend, daß sich die sonnige Sonntagstimmung der Frau Dr. Rosa Luxemburg auf alle die Millionen Arbeiter übertragen möchte, wo alle Arbeiter den 1. Mai feiern und wo keiner mehr gemahngelt wird und unterstützt werden braucht. Diese Hoffnungen werden sich aber in absehbarer Zeit nicht erfüllen. Nur eine beschränkte Zahl der deutschen Arbeiter wird feiern können und diese werden die Opfer bringen und Opfer verlangen. Das hat die Vergangenheit gezeigt und das wird die Zukunft zeigen. Werden die Arbeiter wegen der Maisfelder ausgesperrt oder gemahngelt, dann werden Unterstützungen gezahlt werden müssen. Von wem, das wird sich finden. Wer die Unterstützungen aber auf die Dauer zu zahlen hat, der wird den Anfang machen, die Maisfelder auf einen anderen Boden zu drängen als wo sie jetzt steht. Und das wird um so schneller vor sich gehen, jemeher die Opfer im umgekehrten Verhältnis zum Wert der vor sich gehenden Maisfelder stehen wird. Denn, daß eine Demonstration von 3-400 000 Arbeitern in Deutschland auf die Dauer imponierend wirkt, wagt doch wohl keiner zu behaupten, selbst wenn diese Demonstration durch die Arbeiterruhe vor sich geht. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn die Unterstützungsfrage nicht in befriedigender Weise gelöst werden kann, dann nach einem Ausweg gesucht werden muß, wie auch unsere Freunde und Feinde darüber denken mögen. Wir sind durchaus keine Gegner der Maisfelder. Im Gegenteil, wenn es an uns läge, wir würden die Maisfelder so gestalten, daß sie von einer gewaltig größeren Zahl von Arbeitern als wie jetzt begangen werden könnte und wir würden sie auch in eine solche Zeit verlegen, daß sich die ungeheuren Opfer, die einzelne Gewerkschaften schon für die Maisfelder bringen mußten, in Zukunft überflüssig machen. Wir würden ferner alles tun, um neue Arbeitermassen mit den Idealen, die mit der Maisfelder verkörpert und vorausgesetzt sind, vertraut zu machen. Und wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir auch die Arbeiterruhe als die würdigste Demonstration am 1. Mai betrachten und dafür auch eintreten werden, sobald wir die Kraft in uns spüren, die Arbeiterruhe zu erzwingen. Dann soll es uns auch der Opfer nicht gereuen. Aber auch die Frage der Arbeiterruhe hängt wie vieles andere von der Frage bezu. dem Stand und der Stärke der Organisationen ab. Die Reservearmee der Berg- und Hüttenarbeiter bedarf erst der genügend starken Organisation, ehe sie sich rechen kann. Wer das nicht einsehen, dem ist nicht zu helfen. Nun, warten wir ab. Solange keine Klärung in der Frage der Maisfelder getroffen wird, werden wir die Beschlüsse des Parteitages zu prüfen haben, inwieweit wir ihnen Folge leisten können und wollen. Für den Bergarbeiterverband ist ja die entscheidende Instanz schließlich die Generalversammlung. Ihre Beschlüsse geben uns die Richtschnur für unser Handeln.

Ebenso gern hätten wir gesehen, daß in der weiteren strittigen Frage, in der Budgetfrage, auf dem Parteitag ein Beschluß herbeigeführt worden wäre, der alle befriedigte. Die sozialdemokratische Partei hat von der Zeit an mit der Budgetfrage zu tun bekommen, als sie anfang, das Parlament zu benutzen, um durch die Gesetzgebung praktische Gegenwartsarbeit zu leisten. Die praktischen Erfolge aber, die mit dieser Gegenwartsarbeit zusammenhängen, hängen aber auch zusammen mit dem Budget eines Landes. Man kann nicht nehmen, ohne nicht unter Umständen auch geben zu müssen. Selbstverständlich halten auch wir mit der Meinung, daß mit der Bewilligung eines Budgets nicht leicht verfahren werden darf. Ein Budget sollte nur dann auf Annahme rechnen können, wenn die Arbeiter genügend auf ihre Rechnung gekommen sind.

Daß der Klassenkampf — wie verschiedentlich angenommen wird — durch die Budgetbewilligung verdrängt wird, können wir nicht recht einsehen. Wir haben, solange es eine Arbeiterbewegung gibt, schon viel mehr erlebt. Die sozialdemokratische Partei sowie die Gewerkschaften haben in ihrer Tätigkeit für die Arbeiter schon oft eine Tätigkeit entfaltet, die sich sicherlich nicht mit der starren Klassenkampftheorie vereinbaren läßt. Wenn der Zweck erreicht werden sollte, hat man Kompromisse abgeschlossen, hat Anträge ausgearbeitet und mit den bürgerlichen Parteien darum monatlang gefacht und

gehandelt. In den Kommissionen bewilligte man meistens die Budgets und mußte sie oft bewilligen, weil man sonst die eigenen Arbeiten und Erfolge preisgab; in der Gewerkschaftsbewegung hat man in der gleichen Weise gearbeitet. Still ist Stille hat man erobert und manches auch durch die gegenseitigen Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern. Ja selbst die Regierungen und die bürgerlichen Parteien haben sich bequemen müssen, den Arbeitern Gesetze zu schaffen, wie es die Sozialgesetze sind. Und bei alledem und trotz alledem ist von einer Verwässerung des Klassenkampfes keine Rede. Wenn wir nach allem greifen, was der Arbeiterklasse nützen kann, brauchen wir sicherlich nicht um die sozialen Endziele der Klassenbewegung zu bangen. Im Gegenteil, letzten wir möglichst viel praktische Arbeit, dann kommt die Angst über unsere Gegner. Mit Recht weist eine Zentrumskorrespondenz in einer Besprechung des Parteitages darauf hin, daß „je mehr die rote Partei ihre Taktik den jeweiligen Verhältnissen in den einzelnen Landtagen und Bundesstaaten anpaßt, desto größer droht ihr Einfluß und ihre Werbekraft zu werden.“

Wir haben also alle Ursache, überall unsere Werbekraft zu stärken durch praktische Arbeit, da noch Millionen von Menschen der Arbeiterbewegung fernstehen, die noch zu gewinnen sind und gewonnen werden müssen. Und auch die sog. Partei hat dieselben Aufgaben. Mit der Phrase holt man diese Millionen fernstehenden nicht herbei. Gut und radikal arbeitet, wer praktisch arbeitet! Und an Arbeit mangelt es gewiß nicht. Unsere Feinde wachen! Wer die Scharfmacherpresse liest, der weiß, mit welchen Vorschlägen aufgewartet wird, um die Bekämpfung der Arbeiterklasse nach zu schiefern. Und darum wäre es uns lieber gewesen, der Parteitag hätte die Zeit, die er der an sich gar nicht einmal weltbewegenden Frage der Budgetbewilligung widmete, dazu verwenden können — vielleicht im Anschluß an die Referate Molkenbühns und Meyers (Finanzreform) — um noch mehr als geschähen, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um den auf die deutsche Arbeiterklasse hereinströmenden Gefahren gründlich zu begegnen. Wie imponierte den Arbeitern die Regierung doch der Gewerkschaftsbewegung in Hamburg! Konnte der Parteitag nicht denselben Eindruck hinterlassen?

Zürich und kein Ende.

In Nr. 19 vom 21. September des „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ nimmt St. (Egerwald) das Wort, um die Haltung der christlichen Gewerkschaftsführer in Zürich nochmals zu verteidigen. Man muß sagen, daß diese Verteidigung zum Teil in so geschickter Form vor sich geht, daß die Widersacher der christlichen Gewerkschaften im katholischen Lager zu tun haben werden, wenn sie ihr bisher gewonnenes Feld in dem brüderlichen Streit behaupten wollen. Daß die christlichen Gewerkschaftsführer sich in Zürich zu Dummheiten gegen die bischöfliche Autorität haben hinreißen lassen, ist von ihnen selbst genug bezeugt worden. Aber die sogenannten Kapitolswächter im katholischen Lager, so meint Stegerwald, die sich um „St. Zürich“ scharen, haben kein Recht, mit aus allen Winkeln zusammengekauften und tendenziös frisiertem Material an die kirchlich einflussreichen Stellen gegen die christlichen Gewerkschaften haften und hegen zu gehen. Die „Berliner“ hätten das Protokoll der Züricher Konferenz abwarten sollen und ein großer Teil ihrer zu agitatorischen Zwecken gehegten Entrüstung wäre ihnen erspart geblieben? Die Züricher Konferenz war nicht als ein Kongreß gedacht zu dem Zwecke einer Einwirkung auf die Öffentlichkeit in diesen oder jenen Fragen! Man habe zuerst die Berichterstattung einschränken wollen, was aber durchbrochen wurde, nachdem man einen Vertreter eines Berliner Korrespondenzbureaus zugelassen habe mit der Maßgabe, nicht zu breit zu berichten. Diese hierdurch eingeschränkte Berichterstattung habe sich dann zu einem Nachteil ausgewachsen.

Mit diesen Argumenten dürfte Stegerwald wenig Erfolge haben. Der Aufruf, den die christlichen Gewerkschaftsführer der verschiedensten Länder von Zürich aus an die christlichen Arbeiter aller Länder richteten, beweist die beabsichtigte volle Einwirkung auf die Öffentlichkeit. Durch den Aufruf wie durch die Einberufung der internationalen Konferenz selbst haben die Einberufer von vornherein die „interne Natur“ der Konferenz preis. Wenn St. das nicht zugeben will, dann würde er die Bedeutung der Konferenz herabschätzen, was sicherlich nicht im Interesse der christlichen Gewerkschaften liegen kann. Und daß schließlich auch das herausgegebene Protokoll über die Verhandlungen der Züricher Konferenz nicht dazu angetan ist, die Haltung christlicher Gewerkschaftsführer in Zürich den Bischöfen gegenüber zu mildern, das beweist die noch immer vorhandene Mißstimmung katholischer Kreise gegen die gehaltenen Reden. Nützlich ist es kaum geworden. Der Kampf der beiden Richtungen geht weiter, trotz des Katholikentages in Düsseldorf und trotz des Hinweises auf das Protokoll der Züricher Tagung.

Glücklicher in seiner Abwehr gegen die „Berliner“ ist Stegerwald, wo er ihnen ihre gehetzte Entrüstung gegenüber den christlichen Gewerkschaftlern vorhält. Er erinnert die Facharbeiter an die Stichwaffparole der Zentrumsparlei anlässlich der letzten Reichstagswahl in Bayern gegen die liberale Partei. Die Erzbischoffe von München-Freyung und Bamberg hätten wegen dieser Parole der Zentrumsparlei öffentlich ihre Mißbilligung ausgesprochen. Die Folge war Verwirrung der Wähler. In einer Versammlung der Münchener Zentrumsparlei, die das Stichwafflergebnis besprach, wurden dann folgende Ausführungen gemacht:

Dr. Kochbrunner, Ortsvorsitzender der Zentrumsparlei in München:

„Diese Wahl ist uns ein außerordentlich lehrreiches Beispiel, sie zeigt uns, wie ein liberaler Wahlsieger mit Hilfe von nationalen Katholiken, vom katholischen Adel und mit Unterstützung der höchsten geistlichen katholischen, kirchlichen Behörden (säkularische Würdigen) erschoren werden kann. Es dürfte kaum ein Wahlkampf stattgefunden haben jemals, in welchem eine Partei von den Feinden heftig bekämpft wurde, aber auch von den eigenen Freunden, für welche die Arbeit eigentlich bestimmt gemacht wurde (Lebhafte Beifall), im gegebenen Falle noch heftiger angegriffen wurde. (Andauernde Beifall.) Bezeugen Sie das. Es kann und wird sicher die Zeit kommen, wo die Herren, unsere angelegenen Freunde, froh sein werden, wenn wir sie unterstützen. (Lebhafte Zustimmung.) . . . Ich bitte Sie um, deswegen den Mund nicht zu lassen (Aufmerksamkeitsruf). Die werden in Zukunft unsere Wege erst recht, als gewöhnlicher Beifall, wir werden uns aber dann nicht mehr verlassen auf den katholischen Adel, und wir werden uns auch nicht mehr verlassen auf die säkularischen geistlichen Behörden (Stimmliche, anhaltende Zustimmung). Ich sage aber nur in politischer Beziehung, denn in Anbetracht der Bedeutung werden uns auch Torturen, die uns sonst zu tun (Stimmliche Zustimmung). Wenn wir mit diesem Gedanken von hier weggehen, dann hat auch der Verrat, welcher an uns geübt wurde, sein Ende.“ (Lebhafte Beifall.)

Zieberg, Oberstadtrat des „Bayerischen Kurier“:

„Im vorigen Jahre hat ein Wiener deutsch-nationales Blatt Behauptungen über das allerheiligste Sakrament veröffentlicht, und am 27. März dieses Jahres hat der Fürst-Erzbischof von Wien mit 900 Stimmen in den beiden letzten Sitzungen öffentlich zurückgewiesen. In Wien hat er ein liberales Kandidat zur Wahl gestellt. In der letzten Sitzung dieses Sakraments hat die Wiener Zeitung, die wir haben auf diese Angelegenheit hingewiesen und gesagt, es muß dem katholischen Gefühl widerstehen, wenn man zu wählen — und der Herr Erzbischof von Wien hat sich in den liberalen Zeitungen gestanden ist, erklärt, es sei seine Pflicht, die Behauptung des Zentrums, (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man jahraus jahrein nome in Rom die Behauptung, daß wir die Schmutz werfen lassen muß von den Gegnern,

dann zwei Tage vor der Wahl solche Worte von einem Erzbischof hören muß (erneute Zustimmung), dann fragt man sich unwillkürlich: Was für arbeiten wir denn eigentlich? (Sehr richtig!) Und aus dieser Frage wächst die Entrüstung. Die Entrüstung aber über den Verrat unserer Partei ist eine allgemeine. (Beifall und Zustimmung.) . . . In kirchlichen Fragen ist jeder Katholik, jedes Mitglied der Zentrumsparlei ehrfurchtvol unterworfen der kirchlichen Autorität. Aber wie 1887 Windthorst gegen die Parole des Papstes sich entscheiden ausgesprochen, ebenso entschieden dürfen wir heute gegen die Entscheidung vom Erzbischoflichen Stuhle in München aus uns aussprechen. Diese Stellungnahme in politischen Dingen tangiert absolut nicht unsere Treue in kirchlichen Dingen.“ (Sehr richtig!)

Gegen diese Reden, so meint Stegerwald, hätte die Berlin-Trierer Preßkompagnie nichts einzuwenden gehabt. Dem Savigny, wie den Herren Dr. Friesler, Kaplan Windhof, Pfarver Treib, Dechant Hansen, liegt keine „Schamröte“ ins Gesicht, diese Herren kennen nichts von „Befreiung und Entlastung an sich merken, daß „kirchliche Autoritätsgefühl“ wurde nicht „plamäßig“ untergraben. Nur den christlichen Gewerkschaftsführern, die den Arbeiterlebenskampf mit all seinen Witternissen selbst durchkosten haben, die vom sozialdemokratischen Pöbel überfallen und blutig geschlagen werden (H), wenn sie ihrer Lieberzeugung Ausdruck geben und gelegentlich ein scharfes Wort sprechen, dann, aber auch nur dann, wird daraus eine Staatsaktion gemacht, werden ihnen die oben unter Wänsföhlischen gebrachten Vorhaltungen gemacht. Wir schenken den „blutig geschlagenen Arbeitersekretären“, wozu sich ja auch Stegerwald rechnet, unser Mitleid, müssen uns aber doch über die Naivität wundern, mit der Stegerwald gerade diese zweideutige Haltung eines Teils des Klerus kritisiert. Art läßt nicht von Art. Das Autoritätsprinzip wird nicht gegen Leute, die man neben sich und über sich stehen hat, angewendet, sondern es findet seine Anwendung nur nach unten hin. Dem Bruder Arbeiter ist noch immer eine andere Behandlung zuteil geworden als den Angehörigen anderer Gesellschaftsklassen; das trifft nicht nur in weltlichen Fragen zu. Immerhin dürfte es den „Berliner“ und auch Leuten höherer Schläges im Klerus recht schwer fallen, auf die Hinweise Stegerwalds die rechte Antwort zu finden.

Worum dreht sich der gewerkschaftliche Streit? Stegerwald meint, daß er enträumt ist, um den christlichen Arbeitern bei Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen das Streikrecht und die Selbständigkeit zu nehmen. Die christlichen Gewerkschaften, so meint St. weiter, vertreten den Standpunkt, daß die Gewerkschaft ein notwendiges Organ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und eine unvermeidliche Folge der heutigen Rechtsordnung ist. Sie ergibt sich im Produktionsprozeß zwischen den Besitzern der Produktionsmittel (den Kapitalisten) und denjenigen, welche ihrer Hände Arbeitsleistung der Produktion widmen (den Arbeitern), eingetreten ist. Unter Beobachtung des christlichen Sittengesetzes und der gesetzlichen Pflichten dürfe man schließlich die christlichen Gewerkschaften nicht des Streiks als Kampf- und Schreckmittel berauben wollen.

Dann verlangen die christlichen Gewerkschaften die gleiche Selbständigkeit, die man den Handwerkern, Kaufleuten, Bauern, Ärzten, Syndikaten, Kartellen noch von keiner kirchlichen Seite streitig gemacht hat. Herr Stegerwald wird recht lange warten müssen, bis den Arbeitern innerhalb der katholischen Volksgemeinschaft die gleiche Selbständigkeit gegeben werden dürfte, wie den übrigen katholischen Bevölkerungsgruppen. Eben das verhindert das Autoritätsprinzip, das das Wesen des katholischen Klerus erst ausmacht. Der Klerus und die von ihm unterfertigten Anschauungen basieren auf dem Autoritätsprinzip. Herr Stegerwald sollte hier den Kampf ruhig aufgeben, da er und seine Freunde dieses Autoritätsprinzip niemals brechen werden, wenigstens nicht auf dem von ihm und seinen Freunden bisher betretenen Wege. Giesberts wandte sich gleichfalls kritisch gegen das Autoritätsprinzip. „Es mußte aber gegenüber der Überpannung des Autoritätsprinzips seitens der Gegner (die Facharbeiter) einmal ein ernstes Wort gesprochen werden.“ So sagte Giesberts.

Hierauf antwortete die „Neunkirchner Zeitung“ vom 19. September wie folgt:

„Überpannung des Autoritätsprinzips“, was soll das heißen? Warum denn nicht klar sprechen? Warum denn nicht ehrlich eingestehen, daß man im kirchlichen, kirchlichen überhaupt keine Autorität anerkennt, wie es Bezirksleiter Hüster in Sulzbach getan: „In wirtschaftlichen Fragen sind die beiden Benannten (Papst und Bischof) uns keine Autorität, da sind wir uns selbst Autorität.“ Das ist der springende Punkt: „Ist das kirchliche“ wie Dechant Hansen in seiner Erklärung („Neunkirchner Zeitung“ Nr. 18 vom 8. August 1908) folgerichtig dargelegt, vom göttlichen Sittengesetz erem, unabhängig oder nicht? Wenn „ja“, dann ist das Wort christlich Gewerkschaften Hamburg, wenn „nein“, dann gebietet der Kirche, dem Papst und den Bischöfen zunächst das Wort, wie Leo XIII. in Rom novarum sagt. Also, das ist der springende Punkt. Ist das kirchliche vom göttlichen Sittengesetz erem oder nicht? Um diesen Punkt gehen die christlichen Redner zur Verteidigung Zürichs in laugen Reden herum, wie die Klage um den heißen Brei. Doch nur noch eine Zeit lang. Alles drängt zur Klärung, zur Entscheidung, es kommt in der öffentlichen Meinung und im christlichen Lager selbst die Scheidung der Geister, die Prinzipienlosigkeit wird in sich selbst verfallen, Prinzipientreue, logische Konsequenz wird auf die Dauer den Sieg davontragen.“

Was in der „Neunkirchner Zeitung“ steht und was Stegerwald im „Zentralblatt“ ausführt, das sind prinzipielle Gegensätze, die sich nur dann beseitigen lassen, wenn die christlichen Gewerkschaften auf Selbständigkeit und Streikrecht Verzicht leisten. Das will Stegerwald nicht. Geben die christlichen Gewerkschaften beides auf, geben sie sich selbst auf. Darüber sind sich die christlichen Gewerkschaftsführer voll und ganz einig. Die Herrschaften sollten dann aber auch die Konsequenzen ziehen und sich sagen, daß die „Neunkirchner Zeitung“ nicht ganz Unrecht hat, wenn sie das Wort christlich für Hamburg erklärt, wenn man der Kirche, dem Papst und den Bischöfen nicht das Wort lassen will. In der Tat, hier ist der springende Punkt. Die Pfleger der „ibesslen Güter“, d. h. der katholischen Anschauungen hat, sobald man sich als katholischer Christ geriert, auch innerhalb der christlichen Gewerkschaften zu erfolgen. Wie weit man damit kommen würde, braucht nicht erst noch lange gezeigt werden. Zunächst sind die Gegensätze zwischen den „Berliner“ und den christlichen Gewerkschaftsführern noch so, daß sie nur eines zur Folge haben können und das ist die Aufhebung des Autoritätsprinzips der kirchlichen Ordnung durch die Facharbeiter oder das Aufgeben der Selbständigkeit, vielleicht auch des Streikrechts durch die christlichen Gewerkschaften. Wie sich die „Berliner“ die Zukunft in dem Widerstreit vorstellen, das hat mit aller Deutlichkeit der Dechant Hansen am 20. September 1908 in Maffatt ausgeführt. Nachdem er den Gedankengang, wie er oben aus der „Neunkirchner Zeitung“ wiedergegeben wurde, gleichfalls zum Ausdruck gebracht hatte, führte er aus:

„In Zürich haben die Herren so klar und deutlich gesprochen, daß ein Kommentator überflüssig ist. Jetzt wollen diese Herren sich rechtfertigen, aber sie kennen sich immer mehr hinein. Was sie in Zürich gesagt haben, das ist immer ihre Meinung gewesen, es ist ihnen das bittere Genüß. Es tut ihnen nur leid, daß sie jetzt bei vielen hohen Männern Anstoß erregt haben. Diese glauben noch immer, daß die christlichen Gewerkschaftsführer so harmlos wären. Jetzt muß sie gerade entsetzt über die rohe Sprache in Zürich. Deshalb haben die Züricher Redner die großen Versammlungen in Köln, München und Berlin gehalten. Aber umsonst, in Zürich haben sie ihr Grab gegraben. Es muß eine Scheidung der Geister kommen, alles sieht ein, daß es so nicht weiter gehen kann. Es wird nach rechts und nach links gehen. Ein Teil geht zu den Sozialdemokraten und der andere wird sich einfüellen zurückziehen und dann später zu uns kommen. Wir arbeiten im Geiste der Kirche weiter, und dafür muß uns der Sieg werden.“ Wird Hansen recht behalten?

Die Ursachen des Schlepperstreiks auf Zeehe Bismard.

Zu diesem Thema wird uns von einem kundigen Steiger geschrieben: Als kürzlich die Schlepper und Verbeugungen auf Bismard ausständig waren, hieß es allgemein in der Tagespresse, den Leuten sei eine Erhöhung des Schichtlohnes versprochen worden, was aber hinterher nicht gehalten worden ist. Merkwürdigerweise war sogar die „Helmlich-Westfälische Zeitung“, das Sprachrohr der Kohlenmagazine, auf diesen Ton gestimmt. Wie verhält es sich mit der Angelegenheit nun in Wirklichkeit?

Von der Bechnungsverwaltung selbst sind keinerlei Versprechungen gemacht worden, wenigstens nicht direkt und nicht offiziell, wohl aber von einzelnen Steigern, die dadurch vermeiden wollen, daß die Schlepper kündigen und anderweitig Beschäftigung annehmen. Den Steigern kann aber deswegen kein Vorwurf gemacht werden, denn sie sind ja nur Vollstrecker des Willens der höheren Beamten. Sie sind größtenteils Skolonen einer Einrichtung, die unsern ganzen Bergbau ihren Stempel aufdrückt, des „S o l l - und P r ä m i e n y s t e m s“. Die Steiger haben zwar versprochen, die Schuld, daß sie ihr Versprechen nicht halten konnten, trägt aber die Verwaltung, die, sobald von einer angeleglichen Angelegenheit gerichtet wird, nicht nur die Bedinge, sondern auch die Schichtlohn herunterzubringen bestrebt ist. Dies Herunterdrücken geschieht freilich nicht so pöhllich. Es wird den Steigern vielmehr bedeutet, mehr als so und so viel dürfte nicht mehr verdient werden. Bei den Bauern macht sich das nicht sofort bemerkbar, wohl aber bei den Schleppern. Am nächsten 15. stehen bestimmt einige da und fragen wie immer den Steiger, ob sie nun endlich was zugelegt bekommen. Dieser hat sie vielleicht von einem auf den andern Monat vertröstet, und um sie zu halten, vertröstet er sie auch jetzt nochmals wieder auf einen späteren Termin. Bei der nächsten Lohnzahlung wird er von anderen angereizt, warum sie noch nicht die bereits fest versprochene Zulage ausbezahlt erhalten hätten. Auch diese werden wieder auf einen anderen Termin vertröstet, damit sie ja nicht abblegen; denn wenn der Steiger nicht genügend Schlepper im Revier hat, dann muß er Lehrhauer als solche verwenden, und das gefattet ihm kein „Soll“ nicht. Wollte er eine eventuelle Minusförderung mit Mangel an Schleppern entschuldigen, dann würde er schön anlaufen. Er hilft sich daher so gut und so lange durch, wie es eben geht, ohne seine eigene Haut dabei zu Markte zu tragen. Die Lehrtragenden sind die Schlepper, die von einem Monat zum andern vergeblich auf die Erhöhung ihres Schichtlohnes warten müssen. Unterdessen werden sie immer älter, wie sie übrigens auch den Wunsch, ihren Schichtlohn erhöht zu bekommen, stets damit motivieren, sie wären schon so und so lange auf der Zeehe und schon so und so alt. Und hier geht, soweit ich unterrichtet bin, die wahre Leiden für die Bewegung unter den Schleppern, die nicht nur auf Bismard — obwohl sie da spontan zum Ausdruck gekommen ist — sondern auf den meisten Zeehen in mehr oder weniger starkem Maße vorhanden ist.

Jeder ältere Bergmann weiß sich sicher noch zu erinnern, daß er als junger Schlepper von einem starken Drange besetzt war, möglichst schnell vor die Kohle zu kommen. Die Löhne der Hauer und Lehrhauer waren zu verlockend, als daß man diesem Drange hätte widerstehen können. Wenn nun auch die Schichtlohn der Schlepper heutigen Tags so hoch und stellenweise sogar noch höher stehen, als damals die Hauerlöhne, so ist das Streben der jungen Leute, vor die Kohle zu kommen, heute nicht weniger groß, wie früher. Ist doch auch der Unterschied zwischen den Löhnen (Minimallohnen) der Hauer und denen der Schlepper heute nicht weniger groß. Erfahrungsgemäß ist aber bei uns gerade der Mangel an Schleppern ein großer. Das hat sich ganz besonders während der letzten Hochkonjunktur gezeigt. Da ist es vorgekommen, daß sich Betriebsführer gegenseitig die Schlepper abgelockt haben durch alle möglichen Versprechungen. Als beinahe der Letzte wurde den Leuten die Aussicht auf ein schnelles vor die Kohle kommen vorgesetzt. Der Termin, wann dies geschehen sollte, wurde ihnen sogar angegeben, und meist sollten sie nur noch einige Monate schleppen. Daß ein solches Versprechen nicht eingehalten werden konnte, ist selbstverständlich. Der Nachhub von Schleppern ist eben im Verhältnis zur Zunahme der Beschäftigung zu gering. Infolge dessen muß das Urs der Schlepper gegenwärtig bedeutend länger schleppen als früher. Während sie früher durchschnittlich mit 18 Jahren vor die Kohle kamen, geschieht dies heute wohl erst mit 20 Jahren. Ja, ein großer Teil erreicht sogar das militärpflichtige Alter und darüber, muß also, vom Militär zurückgeholt, wieder als Schlepper anfangen. Am meisten hiervon betroffen werden leider die jungen Leute deutscher Zunge, und davon wiederum diejenigen am ehesten, die vom 14. Lebensjahre an dem Bergbau ihre Kraft geopfert haben. Gemeint sind die Angehörigen der im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier sesshaften Bevölkerung. Vielfach infolge mangelhafter Ernährung und weil sie von der frühesten Jugend (14 Jahren) an die „Freuden“ des Bergmannsberufes gekostet haben, sind sie fast durchweg von schwächerer körperlicher Konstitution als ihre polnischen Kameraden und auch als diejenigen anderer preussischer Provinzen, die erst in späteren Jahren zum Bergbau kommen. Sie sind daher oft mit 18 bis 19 Jahren den Anstrengungen noch nicht gewachsen, die die Ausübung der hauerähnlichen Tätigkeit mit sich bringt. Das hat zur Folge, daß sie vielfach vor ihren Kameraden aus Polen zurückstehen müssen. Hierdurch entsteht schon eine gewisse Entrüstung bei den jungen Leuten, die sich naturgemäß einbilden, es gleiche ihnen Unrecht. Daß dieses vermeintliche Unrecht in ihrer schwächlichen Körperkonstitution begründet liegt, bedeutet sie nicht. Vermünftige Beamte erhöhen ihnen dann aber den Schichtlohn entsprechend, so daß der durch die Zurücklegung hervorgerufene Schaden nicht allzu groß wird. Geheißes dies überall, dann wäre schon ein Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt.

Aber noch ein zweiter, nicht minder wichtiger Umstand kommt hier in Frage, der ebenfalls seine Ursache in den fremdsprachigen Elementen hat, mit denen unsere Bergarbeiterchaft mehr als genug durchsetzt ist. Unter den zuziehenden, besonders polnischen Arbeitern befinden sich viele, welche bereits verheiratet und sogar Familienväter sind. Diese Leute werden auf unangenehm schon nach Möglichkeit in Reparatur gesteckt, um ihnen von vornherein schon einen höheren Schichtlohn geben zu können. Dies wird selbstverständlich von den hiesigen jungen Arbeitern, und zwar nicht mit Unrecht, mit neidischen Augen betrachtet. Wo das aber nicht möglich ist, und wo man es überhaupt nicht macht, müssen auch diese Leute für einen niedrigen Schichtlohn schleppen. Natürlich können sie sich selbst und ihre Familie davon nicht ernähren, wie sich das wohl gehört. Nach einigen Monaten schon quälen sie dann den Steiger, sie doch vor die Kohle zu legen, indem sie diesem ihre hässliche Not klagen. Ist der Steiger ein fühlender Mensch und macht die Verwaltung keine Schwierigkeiten, so geschieht das zumeiße auch. Die Unzufriedenheit unter den übrigen Schleppern wird dadurch aber immer größer, was aber besonders bei den hiesigen jungen Leuten wohl zu entschuldigen ist. Denn selbst jahrelang schleppen und dabei mit zusehen müssen, wie andere nach kurzer Zeit schon vor die Kohle kommen und viel mehr Geld verdienen als sie, obwohl dieselben viel weniger zum Kohlberg verdienen, muß notwendig Entrüstung hervorgerufen.

Diese unangenehmen Begleiterscheinungen der internationalen Zusammenlegung unserer Bergarbeiterchaft werden auch wohl bei dem Schlepperstreik auf Zeehe Bismard eine Rolle gespielt haben. Diefelben zur Zufriedenheit aller zu beseitigen, ist nicht so einfach. Kein sozial denkender und fühlender Mensch wird den Leuten einen Vorwurf daraus machen, daß sie den verheirateten Polen in der oben geschilderten Weise entgegenkommen. Sind doch sogar einige Stadtverordnungen (beispielsweise die Stadt Straburg) dazu übergegangen, die familiären wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Bezahlung ihrer Arbeiter zu berücksichtigen. So erhält z. B. in Straburg der Verheiratete mehr Lohn als der Unverheiratete, desgleichen derjenige mit großer Familie mehr als der Kamerad mit kleiner Familie. Man nennt das einen Akt der Gerechtigkeit, in Wirklichkeit ist es jedoch ein Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung des Sozialismus.

Für unsern Bergwerksbetrieb wirkt sich da aber noch eine hochbedeutende Frage auf, nämlich die: Wird durch das frühe vor die Kohle legen der zugewanderten Polen nicht die Betriebsicherheit, sowie die Sicherheit für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter im allgemeinen gefährdet? Dies muß unbedingt mit Ja beantwortet werden. Die Tätigkeit des Lehrhauers ist schon eine ziemlich selbständige. Der Lehrhauer muß vor Ort und im Revier mitarbeiten, er muß mit seinen Wagen schlechte und gefährliche Straßen passieren und muß die Gefahren am Anfang des Bremsberges oder Anbruchschlaches auf das Fährer gestellt schieben, wohl eine der gefährlichsten Arbeiten, die es im Grubenberriebe gibt. Daß dazu eine gewisse Routine, ein gewisses Vertrautsein mit den Gegebenheiten und Gebräuchen bei der Grubenförderung gehört, leuchtet ohne weiteres ein. Um diese Routine, dieses Vertrautsein zu erlangen, muß man aber zweifellos längere Zeit in der Grube tätig sein, muß man gemüßmaßigen von der Piste auf abgedient haben. Dies ist bei den hiesigen jungen Leuten der Fall, und darum sollte man sie nicht hinter den zugewanderten fremdsprachigen zurücksetzen.

Um den älteren Schleppern entgegenzukommen, ist man auf einzelnen Zügen schon dazu übergegangen, sie als Lehrlinge einzutragen, damit sie, wenn sie endlich zur Kohle kommen, nicht mehr so lange die 10 und 20 Prozent eingehalten bekommen. Doch auf die Dauer ist auch das kein Heilmittel. Richtiger wäre schon, den Befähigungsnachweis im Grubenbetriebe einzuführen und zudem einen Lohnstarif wenigstens schon mal für die Schichtlöhner festzusetzen. Man wird hier jedenfalls nicht von Einwand machen können, daß das technisch nicht durchführbar sei. Jeder, der in die Grube fährt, soll ziemlich alle darin vorkommenden Arbeiten durchmachen. Er soll zunächst schleppen, am Wremsberg, Aufbruchschicht oder auch Fördererschicht aufschreiben, dann auf einem Luft- oder elektrischen Gasspel bremsen. Für jede einzelne Arbeit muß zunächst eine bestimmte Zeit festgelegt sein, die hier nicht so ohne weiteres angegeben werden kann. Da alle die Arbeiten eine ziemlich gleiche Anstrengung erfordern und sie ja auch jeder durchmachen muß, dürfte der Lohn nicht nach der jeweiligen Arbeitsart, wie das heute meist geschieht, festgelegt werden, sondern nach dem Dienstalter. In möglichst kurzen Zeitabständen — sagen wir einmal alle drei Monate — muß der Lohn, dessen Grundhöhe sich ja nach der Konjunktur richtet, um ein bestimmtes erhöht werden. Ist die Zeit, die für obige Arbeitsarten angelegt ist, durchwegs, dann darf der Lohn nur noch um ein geringes von dem der Reparaturlehrlinge abweichen, denn das soll der junge Arbeiter jetzt werden. Die Lohnsteigerung regelt sich bei dieser Arbeit genau so wie früher, dieselben Zeitabstände und dieselben Steigerungssätze. Gegen Schluß der Reparaturlehrlingstätigkeit muß der Lohn nahe an den der Kohlenlehrlinge herangekommen sein, damit deren Beschäftigung nicht mehr so sehr begehrtwert erscheint. Im Lehrjahre zu werden, muß dann der Befähigungsnachweis erbracht werden, indem man den zu Befördernden zunächst examiniert über die zu beobachtenden Vorschriften beim Schleppen in engen und niedrigen Strecken, sowie beim Aufschieben der Wagen auf das Fördergestell der Wremsberge und Schächte. Ferner muß er über die Verhaltensmaßregeln beim Schließen und beim Vorkommen von Schlagwettern unterrichtet sein. Wie bei den früheren Beschäftigungsarten, so muß auch für die Lehrjahrestätigkeit eine bestimmte Zeit und Lohnsteigerung festgelegt werden. Ist die angelegte Zeit abgelaufen, dann muß die Lohnhöhe der Dauer erreicht sein; dann muß aber auch die Beförderung zum Dauer eintreten. Dazu mußte man selbstverständlich wieder den Befähigungsnachweis erbracht werden. Dieser müßte sich auf das nötige von der Weiterführung, Vorkommen von und Verhaltensmaßregeln beim Vorkommen von Schlagwettern und anderen giftigen Gasen, Schieferarbeit, Zeigen von schwierigen Zimmerungen vor Ort und im Abbau erstrecken. Wird dieser Befähigungsnachweis erbracht, dann muß der Dauergrad verliehen werden, wenn auch keine Bilanz an Bauern vorhanden ist und die Lehrjahrestätigkeit vorläufig noch weiter verdrängt werden muß.

Ich weiß wohl, daß diese Reformvorschlüge bei den Grubenbesitzern auf heftigen Widerstand stoßen werden, denn der Import von fremdsprachigen Arbeitern wäre dann nicht mehr so leicht. Man könnte diesen dann nicht mehr durch die Agenten sagen lassen, in Westfalen verdienen sie sofort 6 Mark oder noch mehr. Auch bei manchen Arbeitern werde ich Widerstand begegnen. Sollen sich aber solche verpöchtigte Streiks wie auf Wismar, von denen doch kein Arbeiter Wortteil hat, nicht wiederholen, soll die Betriebsicherheit und, was das richtige ist, die Sicherheit für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter erhöht werden, dann ist es notwendig, daß bald in dieser Richtung etwas geschieht. Die Massenräuber der letzten Jahre erschaffen das gebietertisch und auch die hohen Kranken- und Unfallziffern beweisen, daß es höchste Zeit geworden ist.

H. d. W. Wenn der Artikel auch nicht alles das ausspricht, was ausgesprochen werden müßte, so glauben wir doch, ihn ohne jedwede Abänderung bringen zu müssen. D. St.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Zollbelastung des deutschen Volkes.

Die „Hilse“ bringt eine Zusammenstellung über die Verteilung der Zölle auf den Kopf der Bevölkerung und kommt zu folgendem Urteile: Es wurden im Jahre 1907 pro Kopf an Zoll gezahlt für

Getreide und Hülsenfrüchte	4,27 Mk.
Petroleum	1,28 „
Kaffee	1,21 „
Wein	—,87 „
Holz	—,88 „
Edelholz	—,22 „
Schiffahrt	—,18 „
Eisenwaren	—,14 „
Wutter und Margarine	—,18 „
Wannoolleugarn	—,12 „
Werde	—,12 „
Winder und Schafe	—,12 „

In diesen Beträgen ist aber die Belastung noch nicht enthalten, die dadurch entsteht, daß durch die Zölle auch die Preise der inländischen Erzeugnisse ganz wesentlich in die Höhe getrieben und von den Massen bezahlt werden müssen.

Katholische Arbeiter gegen den Zollwucher.

In Kompten in Bayern hielten im August d. J. die süddeutschen katholischen Arbeitervereine ihren Delegiertentag ab. Dabei wurde auch eine Entschliessung folgenden Inhalts angenommen:

Der 18. Delegiertentag ist überzeugt, daß das Deutsche Reich zur Erfüllung seiner Aufgaben auf größere Einnahmen auf dem Wege der Steuererhebung angewiesen ist. Die in dem Verbaude zusammengekommenen katholischen Arbeitervereine sind ebenso von der Notwendigkeit überzeugt, daß alle Volksklassen, also auch der Arbeiterstand, zu den Einnahmen des Reiches entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beitragen müssen. Da infolge der Zoll- und der indirekten Steuererhebung die Arbeiterklasse wie die anderen unteren Volksschichten schon genügend belastet sind, spricht sich der 18. Delegiertentag gegen jede weitere indirekte Besteuerung der Konsumartikel der unteren Volksschichten aus. Ebenso verwirft er die Pläne, welche auf die Belastung gewisser Industrieabzweige und damit die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes gefährden.

Erst lassen sich die Zentralsarbeiter vor den Zollkaren spannen, dann brechen sie über das hervorgebrochene Unheil in Klagen aus. Wenn das Zentrum aber beim nächsten Mal für ihre zollwucherischen Pläne der katholischen Arbeiterschaft bedarf, dann wird diese von neuem wieder mitmachen. So war es ja immer.

Vergesetzgebung und -Verwaltung.

Neugestaltung des Vergesetzes.

Wie die „Vossische Zeitung“ erfahren haben wird, wird gegenwärtig in der Vergesetzgebung des preussischen Handelsministeriums mit den Vorarbeiten zu einer Neugestaltung des Vergesetzes begonnen. Die Reform wird sich vor allem nach zwei Richtungen erstrecken. Es soll einmal eine Veränderung in der Organisation der Bergbehörden eintreten, indem getrennt Behörden geschaffen werden für den Bergbaubetrieb und für die staatliche Aufsichtsbefugnis. Ferner soll gegen Entscheidungen von Bergbehörden das Verwaltungsstreitverfahren eingeführt werden.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Aus dem Ruhrrevier.

Der Bericht über die Lage der im Verein für die berg- und hüttenmännischen Interessen im Ruhrgebiet vertretenen Industriezweige während des Jahres 1907 (Zahlenangaben liegen für folgende Verwaltungen vor: Schwaiber Bergwerksverein, Nordhessen und Vereinigungsgesellschaft (Ältere Gruben und Maria) weist nach, daß die Gesamtförderung im Jahre 1907 abgenommen hat. Sie betrug 2 227 042 To., das ist gegen das Vorjahr 23 547 To. weniger oder um 1,05 Proz. Zwar vermehrte sich die Produktion an Magerkohle um 65 210 To., wogegen bei den Flamm- und Fettkohlen eine Verminderung der Produktion um 88 751 To. eintrat. Die Produktion der beiden im Betrieb befindlichen Zementfabriken stieg mit 68 915 To. gegen 66 077 To. im Jahre 1906 um 288 To. = 4,29 Proz.; die Koksproduktion stieg mit 585 792 To. gegen 476 462 To. um 119 270 To. = 25,03 Proz. Die Gesamtzahl der Arbeiter betrug 10 035 gegen 9777 im Vorjahre, stieg also um 258 = 2,64 Proz. Die mittlere Jahresleistung der bei dem Eisenerzbergbau unterirdisch beschäftigten Arbeiter stieg bei den älteren Gruben der Vereinigungsgesellschaft von 311 To. im Vorjahre auf 330 To., bei der Grube Maria von 245 To. auf 256 To. Was die im Steinkohlenbergbau überhaupt beschäftigten Arbeiter betrifft, so stieg sie bei den älteren Gruben der Vereinigungsgesellschaft von 247 To. auf 278 To. und bei Grube Maria von 210 To. auf 218 To. Der durchschnittliche Schichtlohn der im ganzen beschäftigten Arbeiter erfuhr eine Erhöhung um 0,21 Mt.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Krieg dem Kriege!

Vor nicht langer Zeit Unblutigen bekannte Arbeitervertreter Englands an, daß sie sich ins Einvernehmen mit den deutschen Arbeitern setzen würden, um gegen die fortgesetzte Kriegshetze, wie sie in der chauvinistischen Presse getrieben wird, zu demonstrieren. In diesem Zwecke wollte man Berlin besuchen und durch eine Abordnung englischer Arbeiterführer eine Adresse an die deutschen Arbeiter richten. Der Plan fand besonders bei den Berliner Arbeitern mit Einschluß der Hirsch-Dunderschen Arbeiterfreundschaft Widerhall. Nur die christlich-soziale Arbeiterpartei im Städt. Mannum herum war unzufrieden und Wehrens erklärte im „Reich“ die Demonstration als höchst überflüssig. Die englischen Arbeiterführer hätten sich getzt, daß die Sozialdemokratie die Vertretung der deutschen Arbeiter sei.

„Die englischen Gewerkschaftler haben im allgemeinen von der deutschen Arbeiterbewegung kein richtiges Bild. Sie sehen die deutsche Bewegung und die deutschen Verhältnisse vornehmlich durch die Presse, welche ihnen von den sozialdemokratischen Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten auf den internationalen Kongressen und durch die deutsche rote Presse auf die Nase gesetzt wurde. Ueber die christlich-nationalen Arbeiterbewegung und speziell über die christlichen Gewerkschaften sind sie falsch unterrichtet und in Vorurteilen befangen. Tatsächlich stehen die meisten englischen Gewerkschaftler den christlichen Gewerkschaften Deutschlands ihren Grundgedanken und Praxis nach viel näher als wie den sozialistischen Gewerkschaften. Wenn die englische Abordnung ihren Aufenthalt dazu benutzen wollte, auch die nichtsozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands zu studieren, so würde das für die Beziehungen der Arbeiterpartei Englands und Deutschlands zu einander Wert besitzen und die englischen Gewerkschaftler würden sich von dem Wahn befreien, noch fernere in die Sozialdemokraten als die Repräsentanten der deutschen Arbeiter zu betrachten.“

Aus jeder Zeile dieser Ausführungen des Herrn Wehrens blüht die Verärgerung und der Meid heraus, daß sich die englische Arbeiterführung nicht an die Wehrens, Mannum alias Manheim gewendet haben, um so die Friedensdemonstration in die Hände von Leuten zu legen, die zum Teil bis am Halsstark selbst im tiefsten Chauvinismus stecken. Jedoch die Engländer erkennen an, daß das Wesen der Zahlen auch für eine Friedensdemonstration mit in Frage kommt. Sie wandten sich darum in erster Linie an die deutsche Sozialdemokratie, die 3/4 Millionen ermaschene deutsche Männer hinter sich hat. In politischer wie gewerkschaftlicher Hinsicht bedeutet die christlich-soziale Arbeitergruppe, also die, die hinter Wehrens, Manheim und Konforten stehen, rein gar nichts. Darum werden sich die englischen Arbeiterführer auch wegen dem Droll eines Wehrens keine Kopfschmerzen machen.

Die Demonstration am 20. September selbst gestaltete sich zu einer in achtvollen Kundgebung für den Frieden. Welt mehr als 20 000 Arbeiter hatten sich in den Lokalitäten und im Garten der „Neuen Welt“ in Berlin eingefunden. Massenhaft war auch die Polizei aufgeboten, das Militär war in den Kasernen konzentriert!

Die Friedensadresse der Arbeiter Britanniens an die Arbeiter Deutschlands beginnt mit den Worten: „Brüder! Früher wurden Kriege gewöhnlich durch die dynastischen Streitigkeiten von Monarchen, die Intrigen und Ränkereien von Staatsmännern, religiösen Hader und Verfolgungen oder Massenverurteile verursacht. Einige dieser Ursachen gibt es freilich noch immer als mächtige Quellen des Unheils, aber die unheilvollste Wirkung übt heute der Teil der Presse aus, den prinzipienlose Kapitalisten besitzen und beherrschen.“ Die Adresse schildert dann die jahrelangen Versuche der Presse, Zwietracht zwischen Frankreich und England zu säen, Versuche, die ein für das Volk sehr drückendes Wetzkräft der beiden Länder veranlassen. Die einzigen Personen, die aus dieser Verheerung Nutzen ziehen, seien die Wucherer und Kapitalisten gewesen. „Die große Masse bezahlte und kämpfte, die besitzende Klasse heimste die Frucht ihrer mühseligen Arbeit ein.“ Schließlich nach Jahren unermüdlicher Arbeit sei der Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und England zustande gekommen, der ein Triumphe für die Arbeiter beider Länder war. Sie war es, die trotz Dohn und Schmalz den Weg zu dieser Verständigung bahnte. Was kann, fährt die Adresse fort, die Arbeiter Deutschlands und Britanniens hindern, zu tun, was Frankreich und Britanniens getan haben? Zwischen Deutschland und England gibt es weder Streitigkeiten noch Ursache zu Streitigkeiten. Immer weitere Fortschritte macht das Prinzip des Schiedsgerichtsverfahrens, immer enger werden die Bande der Völkerei. Wie auch die politischen, sozialen und religiösen Ansichten auseinandergehen mögen, einzig sind die Arbeiter der ganzen Welt in dem Glauben, daß der Frieden die erste und unerlässliche Bedingung des Fortschritts ist. Start in diesem Glauben wollen die englischen Arbeiter noch ein Glied an der Kette der menschlichen Völkerei zerbrechen und die Kette, die das deutsche mit dem britischen Volk verbindet, so stark machen, daß die vereinigten Mächte der Zwietracht nicht instande sind, sie zu zerreißen. Dann wird auch die drückende Bürde des Militarismus den Völkern erleichtert werden können. Die Erzeuger des Wohlstandes, die Arbeiter, haben alle Ursache, blutigen Kämpfen zuvorzukommen. Sie sind nicht schuld an den Zwistigkeiten der Nationen, aber sie müssen die Kriegskosten bezahlen und ihr Blut vergießen. Mit einem Ruf zur Verbrüderung der Arbeiter Englands, Frankreichs und Deutschlands schließt die Adresse.

Die Adresse wurde von dem Sekretär der internationalen Schiedsgerichts- und Kommissionen überreicht, nachdem der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Legien die Versammelten wie die ausländischen Gäste mit herzlichsten Worten begrüßt hatte. Legien hatte darauf hingewiesen daß hinter den für den Frieden demonstrierenden Arbeitervertreter aus 2 215 000 englische und 2 100 000 deutsche, also 4 321 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter stehen. Es sprach sich der Reichstagsabgeordnete Fischer namens der sozialdemokratischen Partei, die Engländer Shadleton, Hypton, Allen, Kellen, Burt und Pratz, alles bekannte Namen. Fischer erlaubte die Versammelten folgender Erklärung zuzustimmen.

„Die in den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei organisierte Arbeiterklasse Berlins begrüßt die Delegation der englischen Arbeiterklasse auf das herzlichste und nimmt die von ihr überbrachte Adresse als Ausdruck der brüderlichen Solidarität entgegen. In voller Uebereinstimmung mit dem Welsche der politischen Vertretung der klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands erklärt sie: Das gemeinsame völkereiche und völkereiche Freiden bestimmter Kreise, zwei Kulturvölker wie das englische und deutsche gegenseitig zu verstehen und zum Kriege aufzugstacheln, dient nur den egoherzigsten und kurz-sichtigsten Interessen der ausdeutenden und herrschenden Klassen. Es steht im schroffen Gegensatz zu der Bestimmung internationaler Brüderlichkeit der ausgebeuteten Massen aller Nationalitäten, welche durch die enge Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind. Angesichts der Opfer an Gut und Blut, welche jeder Krieg in erster Linie den werktätigen Massen auferlegt, und der ungeheuren materiellen und kulturellen Schädigungen, welche er für die Gesamtheit des Volkes mit sich bringt; angesichts der wirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge, denen zufolge jeder Konflikt zwischen zwei Kultur-nationen die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt; verpflichtet sich die heutige Versammlung, entsprechend der Resolution des internationalen Kongresses in Stuttgart, Hand in Hand mit der englischen Arbeiterklasse mit allen in Betracht kommenden Mitteln dahin zu wirken, daß der chauvinistische Geist überwunden und der Frieden gesichert wird.“

Hubelnd stimmten die Tausende dieser Erklärung zu. Der Sonntagsgesamteranstaltung war am Samstagabend ein feierlicher Empfang im Berliner Gewerkschaftshaus vorangegangen. Die Begrüßungsrede hielt hier Herr Essendrup, der die englischen Delegierten im Namen der Berliner Arbeiterschaft willkommenieß. Von den englischen Gästen sprachen die Abgeordneten Dowermann, Vivian, Michois, Wilson und Morgan.

Für den Sonntag nachmittag hatten die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine nach ihrem Gewerkschaftshaus in der Preißwälder Straße gleichfalls eine Demonstrationssammlung für den Frieden berufen, die ebenfalls überfüllt war. Der Einzige der englischen Gäste wurde mit dem Gesang: Brüder reicht die Hand zum Bunde! eingeleitet. Generalsekretär Hartmann begrüßte die englischen Gäste namens des Verbandes deutscher Gewerksvereine. Die Ueberrückung der englischen Adresse durch Waddison erwiderte der Verbandssanalt Goldschmidt mit der Uebergabe einer Antwortadresse der deutschen Gewerksvereine, die die Kriegshetze der kapitalistischen Presse verurteilt und der brüderlichen Solidarität der deutschen mit der englischen Arbeiterpartei Ausdruck gibt.

Nachdem dann dieselben englischen Redner wie in der Versammlung in der „Neuen Welt“ der Friedensliebe des englischen Arbeitervolkes Ausdruck gegeben hatten, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die heutige außerordentlich stark besuchte Versammlung der deutschen Gewerksvereine billigt die Antwort des Zentralkrats auf die Adresse der englischen Arbeiterschaft und bringt erneut zum Ausdruck, daß die deutschen Arbeiter in Frieden und Freundschaft leben wollen mit allen Kultur-nationen, insbesondere auch mit dem Volke Großbritanniens. Unsere Parole soll sein: Krieg dem Kriege, Soz die Arbeit und der Fortschritt und der freie friedliche Wettbewerb der Völker!“

In dieser Stelle wollen wir noch bemerken, daß auch anlässlich des Münberger sozialdemokratischen Parteitages am Samstag den 20. September unter freiem Himmel eine Friedenskundgebung der Münberger Arbeiterschaft stattfand. Mehr als 10 000 Arbeiter hatten sich auf dem Ludwigsfelde zusammengefunden. Es sprachen Reichstagsabgeordneter Schumwiler (Wien), Lueck (London), Gubman (Wien) und Frau Poppy (Wien). Die Friedenskundgebungen werden ihren Zweck nicht verfehlen. Wie die Vergarbeiter insbesondere über die Kriege denken, das haben sie auf den internationalen Vergarbeiterkongressen offen genug ausgesprochen. In der Großindustrie haben die Chauvinisten festen Fuß gefaßt, ihre Organe wie die „Theinisch-Weltfälische Zeitung“ sind ihre Mäker für die Völkermorde. Dagegen haben sich andere Organe der Großindustrie wieder mit offener Demütlichkeit — wie die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ — in schroffer Weise gegen die chauvinistischen Kriegshetze ausgesprochen. Möge die Völkerei der Arbeiter aus den Kundgebungen ihre Lehre ziehen!

Die Beurteilung des Reichsverbändlers Amandus Schubert.

Eine Kreatur des Reichsverbundes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der ehemalige Krankenassistent Amandus Schubert in Chemnitz, wurde nach dreitägiger Verhandlung von dem Chemnitzer Landgericht zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Ueber einen Mitangeklagten habe und einen Bruder Schuberts wurden je 9 Monate und je zweijähriger Ehrenrechtsverlust verhängt.

Schubert hat seinerzeit eine Verleumdungsschrift gegen die sozialdemokratische Veramtlung der Chemnitzer Ortskrankenkasse herausgegeben, er wurde zwar mehrmals dieserhalb wegen Verleumdung bestraft, aber der Reichsverband schlichtete die in 10 000 Exemplaren verbreitete Schrift doch gehörig aus.

Schubert ward entlarvt als Verbrecher, alles nicht nichts, der Reichsverband zehrte weiter an den Verleumdungen. Jetzt stand nun Schubert mit den zwei Komplizen der Erpressung angeklagt vor Gericht. Anßer der Verurteilung über seine gemeinen Verbrechen war in der Verhandlung von besonderer Wichtigkeit, daß ein Dr. Böber als Verfasser der Schrift gegen die Sozialdemokratie entlarvt wurde. Der Schubert ist nun gerichtet und für lange abgetan, der nicht selbst zu den moralischen Verkommenen zählt. Der Reichsverband aber wird nach wie vor von den Schubertischen Verleumdungen zehren.

Hirsch-Dundersche Zahlenfächer. Die Kritik, die an der mangelhaften Uebersicht über die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine im Jahre 1907 von den Organen der freien Gewerkschaften gelebt wurde, hat doch Erfolg gehabt. In Nr. 71 des Gewerksvereins wird einiges nachgeholt. Mit Ausnahme von zwei Gewerksvereinen werden da auch die Einzelergebnisse der Einnahmen aufgeführt. Von diesen zwei Gewerkschaften hat der der Tabakarbeiter überhaupt keine Angaben gemacht, der der Maschinenbau- und Metallarbeiter aber gibt nur seine Gesamteinnahme mit 854 103 Mt. an. In der neuen Zusammenstellung im Gewerksverein sind für die Einnahmen folgende Abteilungen vorhanden: Eintrittsgelder, Wochenbeiträge, Zinsen, Sonstige Einnahmen, Einnahme der Ortsverwaltungen aus Lokalbeiträgen. Der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter aber, dessen Organ und dessen Deantee fortgesetzt überall herumschweifeln, ob sie nicht durch liguerische Darstellung der Verhältnisse des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ihre eigenen Mitglieder im Gewerksverein aufzublenzen können, hat eine solche Zahlenfächer, daß er sich seine Einnahmen öffentlich nicht zu spezifizieren getraut. Er weiß auch warum: weil die Fluktuation in diesem Verein die aller anderen gewerkschaftlichen Vereine übersteigt — aus den Eintrittsgeldern wäre das zu erklären —, weil man auf Grund der für Wochenbeiträge vereinnahmten Summen nachweisen könnte, daß entweder die Beitragszahlung sehr schlecht oder die Mitgliederzahl eine viel geringere ist als sie angegeben wird. Da die Einnahmen aus Lokalbeiträgen auch in der Gesamteinnahme enthalten sind, so ist unser Verdacht um so begründeter. Auch in der Spezifizierung der Ausgaben ist dieser Gewerksverein sehr zurückhaltend. Statt für die 19 Abteilungen er nur für 10 die Summen an, nämlich für Arbeitslosigkeit 82 107 Mt., für Heise und Anzug 67 390 Mt., Streit und Wahrnehmung 149 805 Mt., Bildungszwecke 33 922 Mt., Agitation und Arbeitersekretariate 141 036 Mt., Verwaltungskosten der Hauptkassa 117 778 Mt., Organ nebst Verband 59 857 Mt., Reichsbeitrag 11 810 Mt. Warum werden für die übrigen Abteilungen keine Angaben gemacht? Sicher ist „etwas faul im Staate Dänemark“.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Ueber die Eindämmung der Dividendenjucht in den Konsumvereinen

Spricht sich Professor Staubinger in seinem Buche: Die Konsumgenossenschaft, das in vom Teubnerschen Verlag herausgegebenen Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus Natur- und Geisteswelt erschienen ist, an. Er sagt:

„Von den Engländern haben wir die Genossenschaftsausbehalten! Die Genossenschaft, Ueberschüsse nicht nach dem Kapitalanteil, sondern nach der Entnahme im Verein zu vergüten, sie also zur Erparnis zu machen, hat die Genossenschaft geschaffen. Diese Geplogenheit der Rückvergütung kann aber zu einer gefährlichen Genossenschaftskrankheit werden, sobald es zum Ziel der Genossenschaft wird, in erster Linie viel zurückzusetzen und in letzter Linie kaum nützliche Mittel für die Fortentwicklung der Genossenschaft zu sammeln. Da entsteht in der Genossenschaft jene Knochenweichung, welche man bei Kindern als englische Krankheit, bei Genossenschaften aber als „Dividendenjucht“ bezeichnet.“

Es ist kapitalistischer, und zwar nicht groß, sondern klein-kapitalistischer Geist, der Geist der niederen Krämerkreise, nur auf den Augenblicksvorteil bedacht zu sein. Der wackere Genossenschaftler sorgt erst für seinen Betrieb. Er sagt sich als dessen erster Diener und Feldherr auf und opfert dessen Macht und Größe sowohl seine Ruhe wie seinen Genuß. Erst wenn das Geschäft auf sicherer Höhe steht, entnimmt er ihm beträchtlichere Summen auch für seine persönlichen Zwecke.

So tut es auch die richtige Genossenschaft, die, welche jene Kinderkrankheit nicht kannte oder schon überwunden hat. Aber bis jetzt sind ihrer noch nicht allzu viele.

Diese „Dividendenjucht“ grassiert noch überall in gar vielen Genossenschaften, in England wie in Deutschland und anderen Ländern. Sie wüthet unabhängig von Stand, Religion, Partei der Mitglieder, unabhängig auch vom Genossenschaftsverband und wirkt höchst anstößend besonders auf Nachbarn; und selbst Vorstände begünstigen sie zuweilen. Denn sie glauben es, wenn eine Genossenschaft nur recht bald hohe Rückvergütung zahle so zöge das viele Mitglieder herbei. Aber das ist erfahrungsgemäß Irrtum. Die gezahlte Rückvergütung wird schon das zweite Jahr als etwas Selbstverständliches empfunden. Aber wenn dann die wachsende Leistung der Genossenschaft infolge mangelnder Betriebskraft ausbleibt, so stoßt auch die Zunahme. Streng genommen dürfte der Konsumverein, wenn er seinem Wesen entsprechen und den Grundsatz: „Erst das Ganze und alles durch das Ganze!“ verpflücken will, von vornherein keinen Gewinn an Nutzen verteilen und den Mitgliedern den Vorteil einzig in Gestalt besserer Ware zu gleichen oder wenig gemindertem Preise zukommen lassen. Alle Erparnis müßte in der gemeinschaftlichen Kasse verbleiben; und erst der Ertrag dieser Erparnis dürfte als Rückvergütung zur Auszahlung gelangen. Gezahle dies, so würden Vereine, welche heute 60 000, 100 000 Mark und mehr sozial nutzlos als Rückvergütung zerplündern, die Bedarfs-güter ihren Mitgliedern binnen einem Jahrzehnt weit mehr zu verbilligen vermögen als heute, und dabei indirekt soziale Leistungen erzielen, welche eine „Dividendenjucht“ niemals erreichen kann.

Aber selbst wo nur streng darauf gehalten wird, daß wenigstens ein Viertel bis ein Drittel unverteilt bleibt, wo anfangs vielleicht nur ein bis zwei Prozent Rückvergütung gezahlt und sonst alles dem Gemeineinnahmen gelassen wird, kann jene alsbald spielend um kleine Beträge, vielleicht nur um je einhalb Prozent steigen, und so wird das Wachstum der Genossenschaft innerlich ganz anders gefördert und ihre Anziehungskraft nach außen verstärkt.

Wo aber die eigene Betriebskraft nicht gesichert ist, wird durch auch nur unbedeutende Mißerfolge in irgendeinem Betriebszweig

sofort die Existenz des Vereins in Frage gestellt. Wird dann nicht die gemonte „Dolbenbe“ auszuheben...

Will aber der Geschäftsführer solcher „Genossenschaft“, um diesen Handel zu entgehen, dennoch die alte Rückvergütung zum Beschlag bringen...

Eine Reihe von Konsumvereinen stellt sich neuerdings, durch die Not gedrängt, mehr und mehr auf den Standpunkt der Beschränkung der Rückvergütung...

Unsere Kameraden, soweit sie Genossenschaften beitreten, solche gründen der schon Konsumvereinen angehören...

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz

hat seinen Geschäftsbericht für das 24. Geschäftsjahr 1907/1908 herausgegeben. Der Umsatz ist gegen das Vorjahr um rund 2 Millionen Mark gestiegen...

Im Geschäftsjahr 1905/06 kam auf das Mitglied ein Umsatz von 372,78 Mk., im Jahr 1906/07 von 384,94 Mk. und 1907/08, dem jetzt abgelaufenen Geschäftsjahr 411,12 Mk.

Table with 4 columns: Geschäftsjahr, Mitgliederzahl, Gesamtumsatz, pro Mitglied. Rows for 1905/06, 1906/07, 1907/08.

Die Genossenschaft erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von 1 514 030,23 Mk. gegen 1 375 342,85 Mk. im Vorjahre.

Die Bäckerei und die Fleischerei haben ihre Produktion ganz bedeutend steigern müssen, um die Bedürfnisse der Mitglieder zu befriedigen.

Internationale Rundschau.

Ein Referendum über den Generalstreik in Frankreich.

Nach dem Blutbad von Dravail und Villeneuve bei Paris leitete das Komitee des Allgemeinen Arbeitsbundes ein Referendum...

Der größere Teil der Pariser Arbeiter, auch derjenige der Pariser Typographen, gab der Anordnung des Komitees des Allgemeinen Arbeitsbundes...

Das Verhalten des Zentralkomitees des Bucharbeiterverbandes (der dem Allgemeinen Arbeitsbund angeschlossen ist) rief in den Reihen der Pariser Sektion lebhafteste Proteste hervor.

Um nun zu erfahren, ob es das Vertrauen des Gesamtverbandes noch bestehe, veranstaltete das Zentralkomitee des Bucharbeiterverbandes...

- 1. Sind Sie Anhänger des Generalstreiks, wie ihn das Komitee des Allg. Arbeitsbundes (Confédération Générale du Travail) anstrebt?
2. Sind Sie Anhänger des Generalstreiks für den Fall, daß Maßregeln ergriffen würden, um das durch das Gesetz vom Jahre 1884 anerkannte Vereinsrecht der Gewerkschaften zu unterdrücken?
3. Billigen Sie die Haltung des Zentralkomitees im Laufe der neuesten Ereignisse?

Die der „Humanité“ berichtet wird, hat das Referendum folgendes Resultat ergeben:

- Frage 1: 1195 Stimmen für den Generalstreik, wie ihn das Komitee des Allg. Arbeitsbundes anstrebt, 6333 dagegen.
Frage 2: 6643 für den Generalstreik, im Falle das Vereinsrecht der Gewerkschaften bedroht würde, 811 dagegen.
Frage 3: 6413 für Billigung der Haltung des Zentralkomitees, 1096 dagegen.

Das Pariser Sektionskomitee hatte seinen Anhängern geraten, an der Abstimmung nicht teilzunehmen. Trotzdem ließen es sich 997 Verbandsmitglieder nicht nehmen...

Frage 1: 21 für den Generalstreik, wie ihn das Komitee des Allgemeinen Arbeitsbundes anstrebt, 735 dagegen.

Frage 2: 389 Stimmen für den Generalstreik, im Falle die Vereinsfreiheit angetastet würde, 152 dagegen.

Frage 3: 711 Stimmen für Billigung der Haltung des Zentralkomitees, 65 dagegen.

Nach Feststellung dieser Resultate hat der Sekretär des Zentralkomitees der Zeche eine Erklärung übermittelt, der wir folgende Zeilen entnehmen:

„Aus den Referendumsziffern geht mit klarer Deutlichkeit hervor, daß man im Bucharbeiterverband im Prinzip gegen den Generalstreik von 24. 48 und mehr Stunden ist.“

Die imponente Mehrheit, welche die zweite Frage bejaht hat, belundet hingegen einen festen Willen, einen unerschütterlichen Entschluß, sich jeder Vergewaltigung der Freiheiten der Gewerkschaften zu widersetzen.

Was die Antwort auf die dritte Frage anbetrifft, so billigt sie voll und ganz die Haltung, die das Zentralkomitee während der neuesten Ereignisse einnahm, und spricht es frei von der Anklage, es habe in größlicher Weise die Berufsinteressen verraten.“

„Zum Schluß wird noch die Hoffnung ausgedrückt, daß jetzt wieder der Friede zwischen dem Zentralkomitee und dem Pariser Sektionskomitee“

Zum richtigen Verständnis dieses Votums sei noch bemerkt, daß in Frankreich der Begriff Grävo Générale (Generalstreik) ebensowohl mit unserem Begriff vom Massenstreik zusammenfällt.

Internationale Schneiderbewegung.

Auf der internationalen Schneider-Konferenz, die im Anschluß an den Verbandstag der Schneider und Wäschearbeiter am 24. August in Frankfurt a. M. stattfand, wurden über die Organisationsverhältnisse der Schneider in den einzelnen Ländern folgende Angaben gemacht:

Table with 4 columns: Land, Männliche Mitglieder, Weibliche Mitglieder, Zusammen. Rows for America, Dänemark, Deutschland, England, Holland, Österreich, Schweiz, Ungarn.

Es waren demnach auf der Konferenz 87 015 organisierte Arbeiter vertreten. Von den Vertretern aus Amerika, England, Holland und Österreich konnten Angaben über männliche und weibliche Mitglieder nicht gemacht, sondern nur die Gesamtzahl angegeben werden.

Amerika. Der Bergarbeiterverband des Westens („Western Federation of Minors“) hielt im Juli 1908 seine Generalversammlung in Denver ab. Seine Mitgliederzahl beträgt 88 116, die Einnahmen stellten sich im letzten Verwaltungsjahre auf 1 100 604 Dollar...

Knappschäftliches.

Zur Beachtung für ehemalige Bergarbeiter des Steintohlenbauvereins Schader-Oberhöndorf.

Betreffender Verein hat am 27. April 1907 liquidiert. Es bestand zu dieser Zeit noch eine Unterstützungs- und Bekleidungskasse. Erstere hatte am 1. August 1908 einen Bestand von 3 242,40 Mk.

Table with 2 columns: Item, Amount. Rows for Invaliden, Witwen und Waisen, Mitglieder je zwei Teile, Mitglieder je einen Teil, Kapital, Auszahlung.

Die Bekleidungskasse hat einen Bestand von 2 186,75 Mk. wird aber nur an Witwen und Waisen aufgeteilt werden. Witwen und Waisen sind 72 vorhanden.

Diese beiden Reste, zusammen 58,15 Mk., sollen für Aufstellungskosten und unvorhergesehene Fälle Verwendung finden.

Aus der Rechnungs- und Vermögensübersicht der Halberstädter Knappschäftskasse für 1907. Am Schlusse des Berichtsjahres waren im Vereinsbezirke 89 Werke im Betriebe...

Die beiden Reste, zusammen 58,15 Mk., sollen für Aufstellungskosten und unvorhergesehene Fälle Verwendung finden. Nach beendeter Aufstellung soll der etwa noch vorhandene Rest der Krankenkasse zuzuführen.

Aus der Rechnungs- und Vermögensübersicht der Halberstädter Knappschäftskasse für 1907. Am Schlusse des Berichtsjahres waren im Vereinsbezirke 89 Werke im Betriebe, auf denen 20 334 Berg- und Salinenleute beschäftigt waren.

Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Friedrich der Große. In letzter Zeit ist man gewohnt, daß über Mißstände auf dieser Zeche in der „Bergarbeiter-Zeitung“ Klage geführt wird; allerdings kann leider nicht behauptet werden, daß trotz der vielen Beschwerden die Verwaltung sich um Abstellung der Mißstände gründlich bemüht hätte.

auf den anderen Schächten liegen. Dies ist doch eine offenbare Bevorzugung des einzelnen. Daher auch die Erbitterung unter der Belegschaft und der kolossale Belegschaftswechsel.

Zeche Kohrbrünnen. Die Belegschaft ersucht die Verwaltung, das Vorhau besser im Stande zu halten, denn bei Wind und Regen ist es unmöglich, den Abort zu benutzen.

Zeche Mathias Stinnes, Schacht I und II. Daß bei uns hier auf dem Büt nicht die zoffigsten Zustände herrschen, beweist schon der enorme Belegschaftswechsel, dann das riesige Strafverzeu, womit sich die Grube sehen lassen kann.

Grube Glück auf, bei Wölpe. Noch immer liegen die acht zum Opfer gefallenen Kameraden in der Tiefe und schon wird die Jagd nach Kohlen in unerbittlicher Weise betrieben.

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippen.

Grube Glück auf, bei Wölpe. Noch immer liegen die acht zum Opfer gefallenen Kameraden in der Tiefe und schon wird die Jagd nach Kohlen in unerbittlicher Weise betrieben.

Königreich Sachsen.

Arminisches Steintohlenwerk. Schon in unserer Nr. 34 berichteten wir von diesem Werke und wie hoffen, nachdem die Umstände sowie die Behandlung auf dem genannten Werke geschildert wurden, daß vielleicht doch etwas Besserung eintreten würde.

kommen. Klage wird auch geführt von den alten Invaliden, das sie jetzt noch genau wie vor 20 bis 30 Jahren, nur die Woche 9 Mark Pension erhalten, trotzdem die Nahrungsmittel bedeutend im Preise gestiegen sind.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Grube Ventensglück. In Ober-Miadowou liegt eine Grube, die Ventensglück heißt. Glück haben aber dort nur die Kapitalisten, denn diese nehmen den Profit, den die Arbeiter machen.

Wagnis'che Gruben. Als die kath. Facharbeiter vor kurzem eine Versammlung durch den Neuroder Kreis unternehmen, um Mittelberingung zu betreiben, da wurde rühmend hervorgehoben, was sie für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, auch im Neuroder Kreis, schon alles getan hätten.

Ziefbauerschaft. Bisher war es dieser, dem Fürsten von Pleß gehörende Witz, welcher in der „Vergarbeiter-Zeitung“ schonend weggenommen ist. Das geschah nicht etwa deswegen, weil dort wenig Mißstände vorhanden sind, sondern weil die betreffende Belegschaft noch rüchändiger als andere Belegschaften ist.

Wenzelsgrube. (Mülte). Fast keine Woche vergeht, wo nicht über leichte oder tödliche und sonstige schwere Unfälle auf diesem Werk berichtet werden könnte. Das es nicht anders sein kann, das ist jedem, der nur einigermaßen die dortigen Zustände kennt, vollkommen klar.

Menschenleben kosten, warum, weil man es nicht für nötig hielt, zwei Mann als Türschlepper hinzustellen. Ein anderer Fall, der dem geschicktesten ähnelt, passierte am 8. September. An diesem Tage sollte bei der letzten Schicht ein Pferd aus der Grube über gefördert werden.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bestrafungen christlicher Beschimpfer!

Vor dem Schöffengericht in Vorbeck hatte sich am vergangenen Mittwoch der christliche Gewerkschaftsleiter und Landtagsabgeordneter Hermann Zubusch wegen Verleumdung des Kameraden Potorny zu verantworten. Der Sachverhalt hängt eigentlich mit der Wiesberts-Affäre im Reichstag zusammen.

und im „Vergarbeiter“ veröffentlicht werden. Schade nur, daß die Wiesberts-Geschichte nicht ausgearbeitet werden konnten!

Am 22. September hatte sich vor dem Schöffengericht in Dortmund der Vertrauensmann des christlichen Gewerkschafts, Vergarbeiter-Beilage Klusmeier aus Gillingen, zu verantworten. Klusmeier hatte die Behauptung aufgestellt, der Verbandsvorstand habe Weider unterschlagen.

Die Gelben Arm in Arm mit den Sirschen und katholischen Facharbeitern.

Die „Vergarbeiter-Zeitung“ hatte unter obiger Ueberschrift kürzlich eine Notiz veröffentlicht, die sich mit der Beteiligung der „Sirsche“ an dem Verbandsfest der „Gelben“ in Waldenburg beschäftigte.

„Das sich aber die „Vergarbeiter-Zeitung“ so sehr entriistet, können wir noch nicht so ohne weiteres „klein“ bekommen. Was ist denn gar so schreckliches geschehen? Was, der freisinnige Verg hat ein Mädchen geloben.

Der „Vergarbeiter“ sucht also prompt nach Entschuldigungen für das Verhalten der Sirsche in Waldenburg, dabei meint das Organ, daß sich der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes eines größeren „Verbrechens“ schuldig machte, als er sich im Frühjahr von den Hamburger Unternehmen angenommen hatte!

In der Berufungsinstanz schloß Gleichauf einen Vergleich mit dem Kläger und erklärte ausdrücklich, er habe keine Veranlassung, dem Kläger den Vorwurf der Verleumdung zu machen und werde diesen Vorwurf auch nicht wieder erheben.

Dem Kläger Gleichauf, der im Termin nicht anwesend, sondern durch Rechtsanwalt Dr. Steinmann vertreten war, wurde anheingestellt, bis zum 6. Oktober zu erklären, ob er auf Grund der vorstehenden Erklärung Gleichaufs die Klage zurücknehmen wolle.

„In Waldenburg waren es simple Arbeiter, die alle Tage schwer schuften mußten, die mit Leidensgenossen, mit Kreisbrüdern auf eigene Kosten einige Stunden dem Vergnüger freistückten, das waren erste Beamte des „freien“ Metallarbeiterverbandes und Unternehmer, mit denen sie vorher einen für die Arbeiter ungünstigen Tarif abgeschlossen hatten.“

Bekanntlich haben wir vor kurzem verurteilt, daß der „Vergarbeiter“ die schwarze Liste einen Teil derselben veröffentlichte. Wir erklärten, daß die Veröffentlichungen von Namen die auf schwarze Listen gesetzt seien, nicht zu den Verpflichtungen der Gewerkschaften gehören, was der „Vergarbeiter“ jedenfalls auch nicht abjurteiten worden wird.

Kameraden aufgefordert, nach Bedarf oder Wunsch dieselbe einzusehen. Wir stellen das hier die richtige Weg. Wie wir nun erfahren, tadeln

Eine Verichtigung.

Wir ersuchen Sie auf Grund des § 11 des Pressgesetzes in Ihrer nächsten Nummer folgende Verichtigung zu veröffentlichen: 1. Es ist

Nachschrift der Redaktion. Im Vergleich mit unserer Notiz stellt sich nun bestätigt, daß niemand weder Vorstandsmitglied

Obernberg. Zur Steuer der Wahrheit. Der „Bergknappe“ beschäftigt sich zum zweitenmal mit dem schlechten Wahlergebnis

Obernbergamtbezirk Bonn.

Ein christlicher Messerheld.

In der Nacht vom 14. zum 15. September wurde in Neunkirchen, der Hauptort des Königreichs Stumm, der Sohn des Schuhmachers

Obernbergamtbezirk Breslau.

3000 Mark Judaslohn.

Der Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens hat in seiner Sitzung vom 28. August, wie im Vorjahre, 3000 Mark für

Der betreffende Sitzung teilgenommen haben die Herren: Dr. Granenberg, Vorsitzender, Moeller, Sprötte, Kleinboff, Rohmann,

Der Häuptling der Gelben.

Die „Münchener Post“ entwarf kürzlich von dem Vater der gelben Streikbrechervereine in Deutschland folgende recht anheimelnde Charakteristik:

Korps aufgenommen zu werden. Denn die Mitgliedschaft bei einem Korps von Namen ist später im Staatsdienst ein gutes Sprungbrett.

Es wurde dann gegen Dr. Guggenheimer ein Disziplinungsverfahren eingeleitet, durch das er so bestraft wurde, daß der Spruch für ihn vernichtend gelautet hätte.

Auch das Korps, dem Dr. Guggenheimer angehört, scheint sich mit der Sache beschäftigt zu haben; es muß aber wohl nichts herausbekommen haben, denn Dr. Guggenheimer ist heute noch ein „alter Herr“.

So wurde er der Vater der gelben Gewerkschaften und der geheimen Gelasse der bayerischen Metallindustriellen; auf ihn sind zum Teil die große Ausperrung 1905 und der bekannte Schandereis zurückzuführen.

Wir hoffen, daß der „Feierabend“ seine Leser nun ebenfalls mit den Personalia dieses würdigen Vorläufers der „nationalen Sache“ etwas näher bekannt macht, der doch auch den Waldenburger „Reichstreuer“ als leuchtendes Vorbild dient.

Oberschlesischer Arbeiterausschuß gegen den Fiskus.

Uns wird geschrieben: Am Sonnabend, den 19. September wurde eine Sitzung des Arbeiter-Ausschusses der Königin Luise-Grube in Oberschlesien abgehalten.

Der unterzeichnete Arbeiter-Ausschuß der Königin Luise-Grube zu Zabrze protestiert auf Veranlassung der gesamten Belegschaft gegen die Maßregelung des Arbeiterausschuß-Mitgliedes Th. Blott und gibt

Diesen Antrag begründete Vertrauensmann Meister und sprach: „Ich kann nicht begreifen, warum die fiskalische Grube die Leute maßregelt, die sich politisch betätigen.“

Vorländer: Daß der Blott die Arbeiterinteressen gut vertreten hat, das muß man anerkennen. Er würde aber deshalb nicht entlassen, nur deswegen, weil er für den Verband

Neurode (Schlesien). Die katholischen Fachabteilungen und ihre Führer machen allerorts ungeheure Anstrengungen, um ihre allein seligmachende Organisationsform den Arbeitern schmackhaft zu machen.

Neurode (Schlesien). Die katholischen Fachabteilungen und ihre Führer machen allerorts ungeheure Anstrengungen, um ihre allein seligmachende Organisationsform den Arbeitern schmackhaft zu machen.

Neurode (Schlesien). Die katholischen Fachabteilungen und ihre Führer machen allerorts ungeheure Anstrengungen, um ihre allein seligmachende Organisationsform den Arbeitern schmackhaft zu machen.

dem Referat Straubes sprachen von unserer Seite Ehold und Schönwalders. Ihre Ausführungen waren ebenfalls Herrn Bull unbedeutend und so wurde ihnen auch diesmal das Wort entzogen mit der kindlich-naiven Begründung: Er (Bull) könne nicht zugeben, daß für den Bergarbeiter

Zabrze. Korfanty und Genossen versuchen es jetzt mit allen Kräften, die polnischen Bergleute zu überzeugen, daß sie nur im polnischen Lager ihre Erzköpfung finden können.

Das Organ des Vereins zur gegenseitigen Hilfe „Wzajemna Pomoc“ weiß nichts anderes mehr zu schreiben, als die schwindelhaften Märchen, die Arbeiter zu sorgen, geht man hin und heißt die Arbeiter gegen einander.

Süddeutschland und Reichslande.

Armer Karus!

Dem Merkwürdigen Sekretarius in Lothringen scheint es garnicht zu behagen, daß die hier beschäftigten Italiener nichts vom christlichen Gewerksverein wissen wollen.

Aus dem oberbairischen Bergwerksrevier.

Zwei bemerkenswerte Versammlungen sind am 20. und 21. September in Penzberg und Hausham abgehalten worden, in beiden referierte Kamerad D t o s u e.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuerlage.

Abgabende und amliegende Zahlstellen. Jeden Mittwoch, abends 7 Uhr. Sprüche über Arbeiterbewegung und Sozialpolitik. ...

Verberg. Abends 7 Uhr, im Gefellenberch der Herrn Kante. ...

Eberfeld, Bez. Selbigs. Nachm. 8 Uhr, im Gasthof der Herrn Felene in ...

Fachschulunterricht. In der Selbstunterrichtslehre ...

Belegchäfts-Versammlungen

Sonntag, den 4. Oktober 1908: Jede Dismard, Schichte I-IV. ...

Knappschaftsmitglieder-Versammlungen

Sonntag, den 4. Oktober 1908: Braubauer. ...

Bergarbeiter-Verlammlungen

Sonntag, den 4. Oktober 1908: Brüggen, Schmitt, ...

Boohum. Die Gewerkschafts-Bibliothek

Jeden Sonntag, vormittags von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr ...

Rothenbach.

Den Mitgliedern der Zahlstelle Rothenbach ...

Flaschenbiergeschäft

dem Verbandsmitglied Paul Richter übertragen habe ...

Rheumatismus

und Gichtleiden sind teils schon ungenügend ...

Zahlstellen-Feste.

Kaltenhardt. Sonntag, den 11. Oktober, nachmittags 4 Uhr ...

Schwafheim. Sonntag, den 11. Oktober, nachmittags 4 Uhr ...

Achtung! Bergarbeiter Achtung!

Louis Donner, Barmen, Neuheitenvertrieb. ...

Zahlstelle Erla I.

(Verspätet.) Meiner lieben Frau und unserer guten Mutter ...

Frohlnde.

Unsern Kameraden und Knappschaftsmitglieder ...

Horstemark.

(Verspätet.) Meiner lieben Frau und unserer guten Mutter ...

Böhm. Ulmsdorf.

(Verspätet.) Meiner lieben Frau und unserer guten Mutter ...

Prachtkinderwagen. ...

Brillanten, Juwelen und Goldwaren für jedermann

Wir erhalten vom ...

Billigste Bezugsquelle für Cigarren

Table with 2 columns: Cigarren, 100 Stück. Prices listed for various brands.

Obstversand durch Kaerkes

So lange der Vorrat reicht ...

Meine Schweine



Sind die beste Fleischart für Ihre Marke ...

Machen Sie einen Versuch

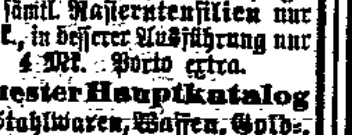
und Sie werden dieselben Erfolge haben ...

Ausnahme-Angebot!



Neuer, dem meine berühmten Meisterwerk ...

Gelegenheitskauf



Prachtvolle Taschenuhr ...

Teilzahlung

Der Besteller bekommt sofort die Ware, die er wünscht ...

Wer einmal zu gelangt hat, magt es stets wieder ...

Ich bestimme hierdurch, daß von 1000 (tausend) ...

Tausende beglaubigte Anerkennungen ...

Jonass & Co., Berlin SW. 258.

Belle-Alliance-Strasse 3. ...

Auf Teilzahlung!



Hausuhren, Freischwinger, Regulateure ...

Ringe, Broschen, Armbänder ...

Gesucht

an jedem Ort Leute, nach ...

Wer Stellung sucht

bedarfe die ...

Nervenschwäche

und Männerkrankheiten ...

Flechten

offene Füße ...

Bettläsungen

Ein Sortiment Lieder ...

Erle II.

Den Kameraden zur Kenntnis ...

Kolonialwaren-Geschäft

eröffnet und erzeuge ...

Nur für Gewerkschaftler

und Parteigenossen!

Hien-Pong-Essenz

kaufen. Dbd. 2,50 Mk. ...

Nur für Gewerkschaftler

und Parteigenossen!

L. Kamp, Althändler

Gewerkschaftler u. Parteigenosse ...

Achtung!

Denjenigen Mitgliedern ...